



Haushaltsrede 2017
Im Januar 2017

Fraktionsvorsitzender Klaus Neuhaus
klaus.neuhaus@gruene-budenheim.de
Telefon 0172.6101227

Sehr geehrte Herr Bürgermeister
liebe Kollegen und Kolleginnen,
verehrte Bürgerschaft.

Eh man sich versieht, ist ein Jahr vorbei. Soweit, so banal.

In welcher Erinnerung bleibt 2016? Terror – nun auch in Deutschland - Erdogan, Putin, Trump, und mit diesen Schlagworten im Zusammenhang der Populismus allerorten, mit dem sich die AFD und andere rechte Gruppierungen weltweit an die Hebel der Macht agitieren wollen. Öffentliche Großereignisse finden nur noch unter verschärften Sicherheitsmaßnahmen statt. Und auch die können nur ein etwas besseres Gefühl vermitteln, absolute Sicherheit gibt es nicht.

Es war auch das Jahr 1 nach der großen Flüchtlingswelle, die so vieles in Europa, in Deutschland, in Rheinland-Pfalz und natürlich auch in Budenheim veränderte. Zunächst waren es die Menschen, um die man sich kümmerte und noch kümmert. Von den nötigsten Bedürfnissen und dem Erlernen der bekanntermaßen schweren Deutschen Sprache, bis hin zur Job- und Wohnungssuche...

Integration ist der Oberbegriff für die oft mühsamen kleinen und großen Schritte, die diese Menschen gehen müssen. Hier in Budenheim werden sie unermüdlich unterstützt. Sprachunterricht, Dinge des täglichen Bedarfs, gemeinsame Treffen und Feste, zusammen Kochen, Gartenarbeit, Behördengänge, und und und. All dies geschieht hier unter Federführung des AK Miteinander der Kulturen. Ein Ende dieser Arbeit ist nicht absehbar. Viele Bürger unterstützen den AK, teils mit Sach- und Geldspenden, teils mit „Zeit“. Der AK leistet hier in Budenheim unschätzbar wertvolle Arbeit, zumeist ehrenamtlich und kostenlos. Chapeau.

Dabei gibt es kein Handbuch zur Bewältigung von großen Flüchtlingsströmen. Improvisation ist oft der einzige Weg, menschlich und effizient zu agieren. Hier in Budenheim ist es trotz unserer mehr als 100 neuen Mitbürger weitestgehend ruhig geblieben, nicht zuletzt, weil auch der Bürgermeister und die Verwaltung die „Flüchtlingsarbeit“ mit ihren Möglichkeiten unterstützen.

Trotzdem fuhr die AFD auch in Budenheim bei den Landtagswahlen ein zweistelliges Ergebnis ein. Wer als Wahlhelfer bei der Auszählung dabei war, konnte es nicht fassen.

Wenn Populisten demokratische Systeme nutzen, um diese auszuhöhlen und die Werte der Demokratie mit Füßen treten, ist das schwer auszuhalten. Wenn mit „Fakenews“ und „Provokationen“ strategisch auf Stimmenfang gegangen wird, ist auch das nur schwer erträglich. Die Verrohung in der Sprache, der Verlust von Anstand, Respekt und Toleranz vor dem Mitmenschen ist eine große Gefahr für unser Miteinander.

Für Budenheim bin ich optimistisch, was unsere politische Kultur angeht. Hier im Rat und seinen Gremien, wird sachbezogen gearbeitet, meistens über Parteigrenzen hinweg. Der Umgang ist nahezu freundschaftlich. Dafür danke ich jedem einzelnen in der Runde. Das heißt natürlich nicht, dass wir alle immer einer Meinung sind.

Aber wir gehen respektvoll miteinander um, beim Streit um die Sache und kommen so oft zu einstimmigen Beschlüssen.

Kommen wir zu den wichtigen Budenheimer Projekten. Etwas weniger berühmt als die „Schiersteiner“ ist unsere namenlose ortseigene Bahn-Brücke mit der Bezeichnung K49. Die wurde zwar mal für Schwerlasten gebaut, aber auch sie muss in absehbarer Zeit saniert werden. Doch bevor das geschieht, muss ein Ersatz her, denn ohne leistungsfähige Bahnquerung ginge im Budenheim nördlich der Bahn fast nix mehr. Allein die chemische Fabrik lässt jährlich rd. 20000 LKW über die Brücke rollen.

Die Planung steht, nur bei der Finanzierung schwant uns, dass ein Großteil an der Gemeinde hängen bleibt. Budenheim soll sich seine Brücke doch selbst bauen, denn „Budenheim ist doch reich.“ Zumindest scheint das bei den üblichen Zuschussgebern einhellige Meinung zu sein. Schließlich wurde ja die eigene Finanzkraft auch als Hauptargument gegen die „Verwaltungsreform“ ins Feld geführt. Dass von einem ausgeglichenen Haushalt bis zu Reichtum noch ein paar Schattierungen möglich sind, muss ich hier nicht erläutern.

Sicher ist: Ob man nun jetzt oder später Geld anspart, einsparen muss und ob freiwillige Leistungen früher oder später zurückgeschraubt werden müssen, die tatsächlichen Kosten für das Projekt ändern sich dadurch sicher kaum. Wenn wir uns jedoch darüber einig sind, dass die Brücke Priorität 1 hat, und wir wissen, dass, egal wie hoch oder niedrig die Zuschüsse ausfallen, dieses Projekt die Gemeinde über einige Jahre ordentlich auf der Tasche liegen wird, dann halten wir GRÜNE es für sinnvoll, andere Zukunftsprojekte nur nach Notwendigkeit zu planen und anzugehen.

So ist eine Rathausenerweiterung, die Sanierung des Rathausumfelds und der notwendige Umzug der Wohnbau in auskömmliche Büros ein berechtigtes Anliegen, jedoch sollte die Größenordnung am tatsächlichen Bedarf ausgerichtet werden.

Die Gemeinde hat einen ermittelten Flächenbedarf, von rd. 100 qm. Die Wohnbau, derzeit auf 160 qm in zwei Etagen suboptimal und zu eng unterbracht, soll mit 400 qm langfristig ausreichend ausgestattet sein. Die seit Jahren nicht vermietbare Fläche des ehemaligen Tengelmann steht hier als Option zur Verfügung.

In der Rathausvariante sollen über 600 qm (incl. Nebenfläche und Verkehrsflächen) für die Wohnbau Rechengrundlage sein. Im „Tengelmann“ würde man sich an den Außenseiten rd. 400 qm zu einer Bürolandschaft umbauen. Das Rechenmodell zur Entscheidungsfindung vergleicht über 600 qm im gedachten Rathausenerweiterungsbau mit möglichen 400 qm Umbau im „Tengelmann“ und kommt zu einem qm-Preis-Vorteil für die gedachte Rathausenerweiterung. Dies ist angesichts rd. 50% größerer Fläche nicht verwunderlich, lässt aber vermuten, dass die absoluten Kosten deutlich höher, und damit zumindest teilweise vermeidbar sind, denn die Wohnbau, hat noch Großes vor. Ein Volumen von 3-4 Millionen Euro soll in den nächsten Jahren für weitere dringende Sanierungen im Gebäudebestand gebraucht werden. Das Hochhaus Römer-Str. präsentiert jedem Besucher Budenheims, der zur Waldsporthalle kommt, eine grauenhafte Visitenkarte.

Der „Tengelmann“ wird sich auch in den nächsten Jahren nicht komplett vermieten lassen, das haben die sicher intensiven Bemühungen der Vergangenheit gezeigt. Es sei denn, man nutzt die Flächen selbst. Die Lokalität ist optimal in der Ortsmitte, kurze Wege zu den eigenen Immobilien sind auch hier gewährleistet, alles auf einer Ebene ist ein großer Wunsch der erfüllt wird, und die Restflächen können weiterhin als Lager

o.ä. vermietet werden, was in der Vergleichsrechnung m.E. nicht ausreichend berücksichtigt wurde. Ganz zu schweigen von der Möglichkeit, der beengten Situation in der Stefanstr. schon bald entfliehen zu können, denn der Tengelmann-Umbau kann sofort beginnen. Wir GRÜNE votieren deshalb dafür, dass die Wohnbau den Tengelmann herrichtet und dort einzieht.

Denn selbst wenn später ein Umzug in ein erweitertes Rathaus möglich wäre, was ja noch Jahre dauern kann, so könnten die im „Tengelmann“ errichteten Büroräume dann anderweitig vermietet werden. Auch an Startups, die sich gerne in Bürogemeinschaften einrichten. Zudem würde eine Nutzung des Objektes nach Jahren des Leerstandes das Quartier aufwerten.

Und ob unsere Wohnbau gut beraten ist, sich als Investor für die Branche der schnelllebigen Gastronomie (im Rathaus) zu betätigen, halten wir für sehr abwegig. Das sollen unserer Meinung nach Investoren tun, die den Markt kennen und wissen, was geht – und was nicht.

Ja natürlich - das Rathaus und seine Grünanlagen sind in die Jahre gekommen – es bedarf einer Verschönerung, ebenso soll der Flächenbedarf der Verwaltung nicht unter den Teppich gekehrt werden. Wir glauben jedoch, dass im Haus, dort auch im Anbau eine Neuorganisation und unter Umständen durch Umbau und ggfls. eine Aufstockung desselben genügend Flächenpotential vorhanden ist, ohne Millionenrisiken einzugehen.

Das Umfeld des Rathaus' durch eine moderne Garten- und Landschaftsarchitektur attraktiver zu gestalten, das können auch wir uns vorstellen, denn das geht auch ohne eine Erweiterung. Das gilt für das anzuhebende Straßenniveau ebenso wie für die Anordnung der Parkplätze neben dem Gebäude. Auch könnte der so entstehende „Rathausplatz“ als Alternative für den Wochenmarkt an der BVB umgestaltet werden. Das würde eine Menge mehr Leben auf den Rathausplatz bringen.

Jedoch: Wir sehen den wesentlich größeren Bedarf für städtebauliche Maßnahmen im Bahnhofs-umfeld. Das war und ist auch der Beweggrund für unseren Antrag, das Bahnhofsgebäude und den Vorplatz zu erwerben. Dieser Erwerb ist in der Haushaltsplanung nun für die Jahre 2019 vorgesehen. Damit können wir gut leben.

Das nördliche Bahnhofsareal ist eine Schmutzdecke. Eine Überbauung entlang des Gleiskörpers, wie es an anderen großen wie kleinen Bahnhöfen derzeit an vielen Orten geschieht, wäre sinnvoll. Gewerblich genutzte Flächen, wie Arztpraxen, Agenturen können untergebracht werden. Eine Gastronomie in der Nähe der großen Arbeitgeber und mit optimaler Erreichbarkeit per Bahn und Bus, und garantiertem Laufpublikum hätte eine wirtschaftliche Überlebenschance. Die Gemeinde sollte aber nicht selbst bauen, sondern Investoren gewinnen und einen Architekten-Wettbewerb für das Areal ausloben, denn da lohnt sich sicher auch der große Wurf.

Infrastrukturen und die Veränderung der Mobilität sind große Aufgaben der Zukunft. Obwohl man es eigentlich besser wissen müsste, werden Unterschriften für die 5. Machbarkeitsstudie einer Rheinquerung gesammelt und suggeriert dem Wähler, dass dann auch eine solche gebaut wird. Alle bisherigen Studien haben das eindeutig negiert. Und sie, die weitere Brücke, würde nur wenig Verkehr von der Schiersteiner Brücke abziehen. Man rechnet mit rd. 3-4000 Fahrzeugen von den 90000 die derzeit über die Schiersteiner fahren. Bis zur Fertigstellung einer weiteren Rheinquerung würden üblicherweise, selbst wenn heute der Startschuss käme, 20 oder gar 30 Jahre ins Land gehen.

Doch bis 2040/2050 wird sich der Individualverkehr massiv verändern, verändern müssen. Zumindest wenn die Klimaziele der Bundesregierung ansatzweise erreicht werden sollen. Dass man da weit hinter den eigenen Vorgaben hinterherhinkt, können Sie überall nachlesen. Und anstatt die geschätzten 90-100 Millionen Brückenbaugelder in effizienteren ÖPNV investiert zu haben, dümpelt dieser weiter vor sich hin. Der ÖPNV kann nur gewinnen, wenn das Angebot deutlich verbessert wird. Die Züge sind aber schon heute in den Spitzenzeiten hoffnungslos überfüllt und die Streckenverbindungen sind oft nicht attraktiv.

Wenn von den 90000 Brückenpendlern nur ein nennenswerter Teil in Züge umsteigen soll, brauchen wir deutlich mehr Verbindungen und Kapazitäten. E-mobilität auf der Straße wird das Auslaufmodell „Verbrenner“ nicht 1:1 ersetzen, zumal der Wille in Politik und im Besonderen in der Wirtschaft dazu nicht wirklich zu erkennen ist.

Die deutschen Autobauer lachen (noch) über das Pardon: Der wohlbetuchte hat Solar auf dem Dach aber den Verbrenner-SUV in der Garage. Die Autobosse stellen dazu scheinheilig die Frage: Warum die Bürger so widersprüchlich handeln.

Dabei ist die Antwort ganz einfach: Autos die im ungünstigen Fall weniger als 100 km Reichweite haben, sind nicht alltagstauglich. Im Stau stehen ist das eine, auf der Schiersteiner 'ne leere Batterie dürfte dann eine „ganzen andere „Erfahrung“, bzw. „Erstehung“ sind. Ganz zu schweigen von den hohen Preisen und der schlechten Ladeinfrastruktur in DE. Warum hat Daimler in China schon 2014 mit dem „Denza“ eine Golfklasse mit rd. 350 km Reichweite auf den Markt gebracht. Warum geht das hier nicht? Weil die Politik schläft oder weil sie nicht genügend subventioniert?

Zu spät und zu langsam begreifen unsere arroganten Konzerne, dass ihnen auf den großen Absatzmärkten der Welt die Felle davonschwimmen. Der wichtigste Hotspot der europäischen Autobauer ist China. Von dort kommen nun die Signale für den Umbruch. Da wird knallhart reguliert und nicht den Herstellern nach dem Mund geredet.

Was hat das mit Budenheim zu tun? Sicher nur ein wenig, aber ein paar Ladestationen, eine kleine Carsharingstation mit E-Autos wären Signale in diese Richtung und auch wenn es zäh ist, die Unterstützung der Fahrradmobilität gehört dazu. Auch unsere Neubaugebiete müssen attraktiver an den ÖPNV angeschlossen werden.

Ich war jüngst in einem Konzert mit der französischen Sängerin ZAZ. Es war das Abschlusskonzert ihrer Welttournee. Überall, wo die 35 Jährige auftrat, sprach sie mit ihrem Publikum in Französisch. Nur ein Lied war ihr so wichtig, dass sie den Inhalt in die jeweilige Landessprache übersetzte: „Die Geschichte vom Kolibri“. Kurz zusammengefasst: Wegen eines Brandes fliehen alle Tiere aus dem Urwald. Ein Kolibri fliegt aber hin und her und bringt ein paar Tropfen Wasser in seinem Schnabel zum Löschen. Ein Gürteltier spricht ihn an und sagt: „Wozu machst Du das, das bringt doch nix!“ Worauf der Kolibri antwortet: „Ich weiß, aber ich schaue nicht zu wie meine Welt untergeht, ich tue was ich kann.“

So können auch wir in Budenheim entweder zuschauen oder aktiv unseren vielleicht kleinen Beitrag zur Erlangung des großen Ziels beitragen. Jeder kann bei sich selbst anfangen auch eine noch so kleine Kommune.



Alles in allem ist Budenheim sicher auf nach wie vor auf einem guten Weg. Wir haben hier wenig zu „meckern“ und wenn, dann auf recht hohem Niveau. Ich möchte diese Haushaltrede nun schließen mit

1. der Zustimmung zum vorliegenden Haushalt durch die Fraktion Bündnis90 / Die Grünen
und

2. dem Wunsch an alle Anwesende, an die Budenheimer und all die Menschen in der Welt, nicht nur nach Gefühlen zu handeln - und vor allem richte ich den Appell an die Eliten, sich ihren wahren Aufgaben und ihrer Verantwortung zu stellen, dass sie diese eine Erde (die auch Budenheim nicht verlassen kann) den nachfolgenden Generationen als einen lebenswerten Ort zu hinterlassen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Für die Fraktion B90/Grüne

Klaus Neuhaus
Fraktionsvorsitzender